

# Es darf keine verlorene Generation heranwachsen

*Eliteförderung – Deutschland hat die Stipendien für syrische Flüchtlinge massiv aufgestockt*

Die Integration von Migrantenkindern mittels Bildung ist eines, ein anderes aber die Förderung akademischen Nachwuchses aus Kriegsgebieten: Es geht dabei um Werteerziehung und darum, dass die Geförderten als Heimkehrer Wiederaufbauhilfe leisten.

JOACHIM GÜNTNER

Wer wird von Bildung für Flüchtlinge und Migrantinnen reden, wenn es vordringlich darum geht, die Hilfesuchenden mit Unterkünften, Nahrung und Kleidung zu versorgen? Der Strom aus Menschen, die ihre Rettung in Deutschland suchen, überfordert schon jetzt manche Kommune. Zahlen kursieren, wonach es bis Ende Jahr deutlich mehr werden könnten als die prognostizierten achthunderttausend Flüchtlinge. Nicht alle, die bleiben wollen, werden bleiben dürfen, aber das macht die Aufgabe, die Neuankommlinge zu integrieren, kaum geringer. Die Landessprache zu beherrschen und Arbeit zu haben, ist zentral dafür, dass Integration gelingt. Und da Deutschland an qualifizierten Arbeitnehmern liegt, weniger an Billiglöhnern, setzt die Integration in den Arbeitsmarkt Bildung und Ausbildung voraus.

Das beginnt bei den Minderjährigen: Generell haben Flüchtlingskinder in Deutschland das Recht, eine Schule zu besuchen. In fast allen Bundesländern

unterliegen sie inzwischen auch der Schulpflicht, sogar bei einem unsicheren Aufenthaltsstatus. Der Andrang schafft Probleme. Oft fehlen hauptamtliche Lehrer, so dass die Schulen ehrenamtliche Kräfte, die rasch zu qualifizieren sind, heranziehen müssen. Was es heisst, Schüler aus heterogenen Kulturkreisen zu unterrichten, lässt sich ausmalen. Da sitzen dann Analphabeten neben anderen, die schon lesen und schreiben gelernt haben. Deutsch indes können sie alle noch nicht, und ihre Muttersprachen sind verschieden. Polyglotte Vielfalt, krass divergierende Kompetenzen. Einheitliche Lehrmittel kann es unter solchen Umständen nicht geben, von den Lehrern ist Improvisationstalent gefragt. Sogenannte Übergangsklassen dienen der Vorbereitung für den Wechsel in die Regelklassen. Ihre Zusammensetzung ändert sich beständig, da sich die Migration nicht daran hält, wann ein deutsches Schuljahr beginnt und endet.

## Warum Syrien?

Vom Parterre des deutschen Schulalltags, dessen durch Massenflucht verschärfte Nöte die Nachrichten bestimmen, fällt der Blick in die weniger beleuchtete akademische Beletage. Ja, es gibt auch Eliteförderung für Flüchtlinge, namentlich für syrische. Das liegt zum einen daran, dass Deutschland, anders als die Schweiz, die aus der Krisenregion des Nahen Ostens eher Libanesen an-

zieht, ein bevorzugter Zielort für syrische Kriegsflüchtlinge ist. Zum anderen verfügte Syrien bis zum Ausbruch des Bürgerkriegs 2011 über ein vergleichsweise gut entwickeltes Hochschulsystem, welches mit dem deutschen vielfach kooperierte. Das syrische Hochschulministerium finanzierte gemeinsam mit dem Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) ab 2007 ein Stipendienprogramm für postgraduale Studien in Deutschland. Wenn die deutsche Bundesarbeitsministerin heute ihre Landsleute vor der Illusion warnt, der typische syrische Migrant sei Arzt, dann zeigt das den guten Ruf an, den Syrer in der Bundesrepublik geniessen.

Eine rasche Folge des Krieges war, dass die syrische Regierung als Partner für Stipendienprogramme ausfiel. In die Bresche sprangen eine Reihe von EU-Staaten und Nichtregierungsorganisationen, die Stipendien für syrische Flüchtlinge auflegten, auch für solche, die in Drittstaaten der Region wie etwa Jordanien Zuflucht gesucht hatten. Für Syrer, die weiterhin nach Deutschland zum Studieren kamen, fand sich eine Kompensation, welche die zuvor bestehende Unterstützung sogar übertrifft. Das Auswärtige Amt übernahm schon 2012 die alleinige Finanzierung des ursprünglich gemeinsam von DAAD und syrischem Hochschulministerium getragenen Stipendienprogramms. Im Herbst 2014 lancierte das Amt zusätzlich ein Sonderprogramm «Leadership for Syria», woran sich auch das Land Nord-

rhein-Westfalen beteiligte. Zudem wurde die Zahl der regulären DAAD-Stipendien verdoppelt. Seither können nicht nur Postgraduierte, sondern gelegentlich auch Bachelorstudenten die Programme des DAAD nutzen.

Die massive Aufstockung der Mittel begleitete Aussenminister Steinmeier mit den Worten: «Wir dürfen nicht zulassen, dass infolge des Syrien-Konflikts eine verlorene Generation heranwächst.» Gerade die jungen Syrerinnen und Syrer seien entscheidend für den Wiederaufbau ihres Landes nach Kriegsende, Deutschland wolle ihnen «eine Perspektive» bieten. Der DAAD, der weltweit Stipendien vergibt, konzentriert mittlerweile seine Förderung so stark auf Syrien wie auf kein anderes Land. Dabei soll der akademische Nachwuchs sich auch mit westlichen Werten befreunden. Für syrische Stipendiaten an deutschen Hochschulen ist es obligatorisch, sich studienbegleitend mit Themen wie Good Governance, Zivilgesellschaft und nachhaltigem Projektmanagement zu befassen.

Man wolle, sagt Christian Hülshörster vom DAAD, niemanden indoktrinieren, doch Vertrautheit mit «unserer Grundordnung» sei erwünscht. Wie lassen sich Konflikte gewaltfrei lösen? Wie regelt Deutschland das Verhältnis von Staat und Religion? Wie wichtig sind Demonstrations- und Versammlungsfreiheit für die Wahrung demokratischer Grundrechte? Den Stipendiaten zur Behandlung solcher Fragen ein «Diskus-

sionsangebot» zu machen, sei im Interesse des geldgebenden Auswärtigen Amtes. Blicke zu erwähnen, dass Bewerberinnen bei gleicher Eignung vor den Männern dezent bevorzugt werden. Der Anteil der syrischen Frauen unter den Stipendiatinnen und Stipendiaten liegt bei 43 Prozent. Normalerweise, das zeigt etwa der Blick auf ägyptische Studierende, machen Frauen aus jener Region nur rund ein Drittel derer aus, die sich erfolgreich bewerben.

## Ohne Rückkehrverpflichtung

Das Wort des deutschen Aussenministers von der Generation, die man für den Wiederaufbau Syriens nicht «verloren» geben dürfe, klingt nobel – aber wie steht es um die deutschen Eigeninteressen? Will sich Deutschland, indem es syrische Akademiker fördert, die besten für den eigenen Arbeitsmarkt herauspicken?

«Was wir hier machen, ist definitiv kein Rekrutierungsprogramm für die deutsche Wirtschaft», beteuert Christian Hülshörster gegenüber der NZZ. Allerdings habe der DAAD «keine verbindliche Policy im Sinne einer Rückkehrverpflichtung». Ein Absolvent einer deutschen Hochschule genießt nach dem Studium achtzehn Monate zusätzliches Aufenthaltsrecht, um sich einen Job zu suchen; wird er fündig, kann er mindestens fünf Jahre in Deutschland arbeiten. Wer bleiben will, hat gute Chancen, dies auch zu tun.